

## Beschluss Feministische Außenpolitik und menschliche Sicherheit

Antragsteller\*in: Ursula Hertel-Lenz

Tagesordnungspunkt: 5 TOP 5: Diskussion und Abstimmung über Anträge inkl. Änderungsanträge

### Antragstext

1 Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine und der brutale Krieg  
2 gegen die ukrainische Zivilbevölkerung machen das Konzept der Bundesregierung,  
3 eine feministische Außenpolitik zu verfolgen, keineswegs unbrauchbar. Der Krieg  
4 demonstriert vielmehr die Notwendigkeit feministischer Analysen, die seit  
5 einigen Jahren vor Machtkonsolidierung des Putinregimes durch Militarismus und  
6 Anti-Gender-Politik und damit verbundenen Gefahren gewarnt haben.

7  
8 Feministische Außenpolitik erfordert unter anderem, dass  
9 Geschlechterperspektiven in unsere Reaktionen auf den Krieg, zum Beispiel in der  
10 humanitären Hilfe, integriert werden. Bei allen Maßnahmen, die ergriffen werden,  
11 müssen die Folgen für die Menschen mitgedacht werden – ob in der Ukraine, in  
12 Russland oder anderswo. Das heißt zum Beispiel, Wirtschaftssanktionen möglichst  
13 zielgerichtet gegen die russische Machtelite einzusetzen. Die Forderungen  
14 feministischer Außenpolitik nach einem Leben in Freiheit und Würde knüpfen an  
15 den erweiterten Sicherheitsbegriff der Vereinten Nationen an.

16 Der mutige Widerstand der Ukrainer\*innen gegen die russische Invasion, für  
17 Frieden und Freiheit, muss unterstützt werden, wo immer es möglich erscheint.  
18 Die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen und der Verstöße gegen das  
19 Völkerrecht muss vorgenommen und mit den nötigen Ressourcen und Kapazitäten  
20 ausgestattet werden. Humanitäre Hilfe, Schutz für alle Menschen, die vor dem  
21 Krieg fliehen müssen, und das Einhalten von Asyl- und Menschenrechten an den EU-  
22 Grenzen sollten selbstverständlich sein.

23 Deutschland, die EU und die internationale Gemeinschaft müssen alles in ihrer  
24 Macht Stehende tun, um zur Beendigung dieses völkerrechtswidrigen und  
25 verbrecherischen Krieges gegen die Ukraine beizutragen. Eine weitere Eskalation  
26 und immer weitere Zerstörungen müssen verhindert werden.

27 Es ist sehr schwierig, den humanen Wunsch, weitere russische Angriffe zu  
28 stoppen, gegen die Risiken eines noch größeren Krieges, einschließlich der  
29 Möglichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen, abzuwägen. Rufe nach einer  
30 Flugverbotszone über der Ukraine sind zwar nachvollziehbar, aber eine  
31 Flugverbotszone verbietet sich - ebenso wie ein Nato-Einsatz in der Ukraine  
32 insgesamt - wegen des damit verbundenen erheblichen Eskalationspotenzials.  
33 Unabhängig davon steigt auch die Gefahr, dass Putin Atomwaffen einsetzt, je  
34 länger der Krieg dauert und je stärker der ökonomische Druck durch die  
35 Sanktionen auf Russland wird.

36 Es ist also dringend notwendig, diplomatische Lösungen durch Verhandlungen zu  
37 finden. Auch aufgrund der Geschichte Deutschlands als Aggressorstaat muss  
38 hierbei für uns an erster Stelle stehen, die Interessen der angegriffenen  
39 Ukraine zu achten und mit ihr solidarisch zu sein. Wir sollten die ukrainische  
40 Regierung dabei unterstützen, einen Frieden zu schließen, der den

41 Sicherheitsbedürfnissen der Ukraine Rechnung trägt, ihre staatliche Souveränität  
42 sicherstellt und vor allem das Leben und die Freiheit ihrer Bürger\*innen  
43 schützt. Teil einer möglichen Exitstrategie aus dem Krieg könnte es sein, Putin  
44 im Gegenzug für einen sofortigen Waffenstillstand und einen vollständigen  
45 Truppenrückzug vom gesamten ukrainischen Territorium eine weitgehende Aufhebung  
46 der Wirtschafts- und Finanzsanktionen in Aussicht zu stellen. Gleichzeitig  
47 müsste die Russische Föderation die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine  
48 tragen.

49 Beziehungen mit zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen  
50 Einrichtungen in Russland, die nicht dem Kreml zuarbeiten, sollten möglichst  
51 aufrechterhalten werden. Gerade auch feministische Aktivist\*innen, die sich  
52 gegen den Krieg ausgesprochen haben, sollten unterstützt werden, im Exil sowie  
53 nach Möglichkeit in Russland.

54 Die internationale Gemeinschaft hat sich mit der Resolution der  
55 Generalversammlung vom 2. März 2022 klar hinter die Ukraine gestellt. Russland  
56 wird aufgefordert, unverzüglich die Kampfhandlungen auf ukrainischem  
57 Staatsgebiet einzustellen und seine Streitkräfte abzuziehen. In  
58 Folgeresolutionen könnte die Generalversammlung nichtmilitärische  
59 Zwangsmaßnahmen wie den Abbruch diplomatischer Beziehungen oder einheitliche  
60 ökonomische Sanktionen empfehlen. Friedenspolitische Instrumente der VN wie  
61 Sondergesandte mit einem Vermittlungsauftrag oder Blauhelmtuppen könnten  
62 infolge von Verhandlungen zum Einsatz kommen.

63 Feministische Außenpolitik ist kein realitätsfernes Konzept, im Gegenteil. Nur  
64 mit einem erweiterten Begriff von Sicherheit lassen sich die globalen  
65 Herausforderungen angemessen erfassen. Ein sicherheitspolitischer Diskurs, der  
66 militärischer Logik verhaftet bleibt, bietet weder eine umfassende Antwort auf  
67 die jetzigen noch auf zukünftige Herausforderungen. Die Rhetorik eines neuen  
68 Kalten Krieges wird uns einer nachhaltigen europäischen Friedensordnung nicht  
69 näherbringen.

70 Bei der Beschlussfassung am 02.04.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 71 • Fraktion Europaparlament
- 72 • Fraktion Bayerischer Landtag
- 73 • Landesverband Baden-Württemberg
- 74 • Landesverband Bayern
- 75 • Landesverband Berlin
- 76 • Landesverband Bremen
- 77 • Landesverband Hamburg
- 78 • Landesverband Hessen
- 79 • Landesverband Niedersachsen
- 80 • Landesverband Nordrhein-Westfalen
- 81 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 82 • Landesverband Sachsen
- 83 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 84 • Landesverband Schleswig-Holstein